

Süddeutsche, Januar 2013

Lehrniveau soll vergleichbar werden

Gleicher Unterricht für alle von Johann Osel



Beim Rechnen sind bayerische Viertklässler gleichaltrigen Berlinern ein Jahr voraus. Die unterschiedlichen Leistungsanforderungen an Schüler in den 16 Bundesländern ziehen sich bis zu den Schulabschlüssen durch. Nun soll ein Staatsvertrag das Unterrichtsniveau in Deutschland vergleichbar machen - und die Pädagogen mobiler.

Drei Länder wollen die Unterschiede im föderalen Schulsystem durch einen Staatsvertrag glätten. Bayern, Sachsen und Niedersachsen stellen an diesem Mittwoch Eckpunkte vor, um ein vergleichbares Unterrichtsniveau in allen 16 Bundesländern sowie die Mobilität von Lehrern fest zu verankern.

Nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* sieht der Entwurf vor, dass die vorliegenden Bildungsstandards, die etwa in Deutsch und Mathe die zu erwartenden Kenntnisse von

Schülern in bestimmten Klassen definieren, verpflichtend in Lehrplänen und Prüfungen umgesetzt werden.

Vergleichsstudien sollen überprüfen, ob sich die Länder in der Praxis tatsächlich daran halten. Zudem müssten Abschlüsse im Lehramtsstudium überall als "hinreichende Zugangsvoraussetzung" für das Referendariat gelten.

Bereits in früheren Beschlüssen hat die Kultusministerkonferenz (KMK) mehr Vergleichbarkeit versprochen. Diese Beschlüsse haben allerdings nicht die Rechtswirkung eines Verfassungsorgans. Ein Staatsvertrag gäbe, wie es aus dem Umfeld des bayerischen Ministeriums heißt, "eine verbindliche Orientierung", es sei "das stärkste Instrument, das den Ländern zur Verfügung steht". Die Bedeutung eines solchen Vertrags zeigt sich schon darin, dass er nicht von den Fachministern beschlossen wird - sondern alle 16 Landtage passiert.

"Die Länder können kooperieren"

Angesichts der Kleinstaaterei in der Schulpolitik wird regelmäßig der Ruf nach einer ordnenden Hand durch den Bund laut. Solcher zentralistischen Tendenzen ist Bayern, das stets auf die Kulturhoheit pocht, unverdächtig. So ist der Vorstoß wohl als Versuch zu deuten, das Ansehen des Bildungsföderalismus zu retten und die Länder als handlungsfähig darzustellen. In Kreisen des Bundesbildungsministeriums hieß es am Dienstag, die Pläne gingen in die richtige Richtung. Sie zeigten: "Die Länder können kooperieren."

Bayerns Minister Ludwig Spaenle (CSU) hatte bereits in seiner KMK-Präsidentschaft 2010 einen Staatsvertrag vorgeschlagen, damals gab es aber durchaus Skeptiker. "Es muss abgesichert werden, dass ein Kind nicht wegen eines Umzugs zwischen zwei Ländern leidet", so Spaenle damals.

Trotz der Bildungsstandards, die für alle Schularten erarbeitet sind, ist das Gefälle zwischen den Ländern teils enorm. So sind bayerische Viertklässler etwa beim Rechnen gleichaltrigen

Berlinern ein Jahr voraus, wie im Oktober eine Studie auf Basis der Grundschulstandards zeigte. Die Abitur-Normen sollen laut KMK alsbald in den Lehrplänen beachtet werden - mit dem Ziel, 2017 bundesweit gleichwertige Prüfungen zu stellen. Sechs Länder, darunter Bayern, wollen schon drei Jahre früher Musteraufgaben aus einem gemeinsamen Pool verwenden.

Insgesamt gelten die Bildungsstandards bis dato aber eher auf dem Papier als in den Klassenzimmern.

Ohne Hürden von Land zu Land wechseln

Wegen der Lehrermobilität hat kürzlich Bundesbildungsministerin Annette Schavan die Länder ermahnt. Sie hatte die Bewilligung von 500 Millionen Euro für eine "Qualitätsoffensive Lehrerbildung" daran geknüpft, dass Pädagogen ohne Hürden von Land zu Land wechseln können.

Ein Problem ist hier auch die Bologna-Reform. Mit einem Beschluss vor sieben Jahren hatte die KMK zwar Bachelor und Master fürs Lehramt akzeptiert, allerdings ohne Pflicht dazu. Heute verleihen manche Länder Master-Titel, andere halten am Staatsexamen fest; teils gibt es eigene Wege wie einen Master im Schnelldurchlauf.

Bei den Lehrgewerkschaften heißt es: "Ein Wechsel zwischen Bundesländern gestaltet sich oft schwieriger als der Wechsel aus der EU nach Deutschland."